

Einzelpreis 15 Pfennig (Auswärts 25 Pf.)

# Reichsward

Nationalsozialistische Wochenschrift u. Organ des Bundes Völkischer Europäer / ORGANE DE L'ALLIANCE RACISTE EUROPÉENNE

## Graf E. Reventlow

Der „Reichsward“ erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis: Monatlich durch die Post RM. 1.— (ohne Bestellgeld). Deutschsprachig monatlich 2 Schilling. Ausland: Vierteljährlich 1 Dollar. Einzelverkaufspreis: Für die 12seitige Wochenschrift 15 Reichspf., die ganze Seite 400 RM.

Bei Abbestellungen entspr. Aufschlag. Rabatt nach Tarif. Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichsward“ G.m.b.H., Berlin SW 11, „Europabau“, Eingang Anhalterstraße, 3. Etage (Fabrikhaus) entgegen. Fernsprecher: U 1, Räger 2880. Postfachkonto: Berlin 887 14.

**Inhalt:** Christentum auf Kommando — Mißverständene Intrigen — Der „Schritt“ vom 7. August — Zwei Briefe von „Gottlosen“ — NS-Volkswirt und arische Wirtschaft — Neue Arbeitsprinzipien — Bund Völkischer Europäer

# Christentum auf Kommando

Es gibt gewisse Unterstellungen — um keinen härteren Ausdruck zu gebrauchen — denen man nicht früh genug entgegenzutreten kann, und denen entgegenzutreten eine Notwendigkeit ist:

Die Nichtchristen, so heißt es neuerdings, bekämpfen das Christentum, beschimpfen es, wollten das deutsche Volk entchristlichen. — Wir werden dafür sorgen, daß das löbliche Bemühen, auf diese Weise den Spieß umzudrehen, nicht gelingen wird. Der „Reichsward“, und wir glauben hier auch für weite andere Kreise sprechen zu können, verlangen nichts, als frei ihren religiösen Anschauungen und Glauben gemäß ihr innerliches und äußeres Leben unangefochten führen zu können.

Es ist bedauerlich genug und müßte beschämend für jeden bewußten Deutschen sein, daß die deutschen Nichtchristen sich zum Zusammenschluß gezwungen sehen, um ihr Recht der freien deutschen Persönlichkeit und die Freiheit des Gewissens gewährleistet zu erhalten, was wahrhaftig nachgerade als selbstverständlich von vornherein und stillschweigend anerkannt sein müßte. Zusammenfassung ist aber eine tatsächliche Notwendigkeit, weil mit jedem Monat, man möchte sagen mit jeder Woche mehr die undeutlichsten Bergewaltigungen der Gewissen stattfinden und geradezu ihre allgemeine Anwendung propagiert wird. Wir erinnern an jene neulich hier behandelte Zeitungsnotiz: „Zur Nachahmung empfohlen“. Das ruhmreiche Vorgehen des Magistrats von Arnswalde: „Die Gottlosen“ zur Schande und zur Abschreckung gesondert von den Reinen zu begraben, ging mit einer auffälligen Schnelligkeit in die Presse Süddeutschlands und anderer weit entfernter deutscher Gegenden über. Das eifernde Pastorentum arbeitet zielbewußt also auf einer breiten Propagandabasis unter gleichzeitiger Mißachtung jenes einschlägigen Satzes des Paragraphen 24 des nationalsozialistischen Programms; was man vorher nicht für möglich gehalten hätte.

Noch nach Abschluß des Konkordats wies Adolf Hitler, wie er auch schon früher so oft getan hat, darauf hin, daß die Geistlichen sich lediglich um die Seelsorge der Personen zu kümmern hätten, die ihnen in ihrer Kirchengemeinschaft anvertraut seien. Wir können es nicht als „Seelsorge“ ansehen, wenn die Geistlichkeit und die von ihr beeinflussten Organe religiös tief durchdrungene deutsche Volksgenossen im Leben und nach dem Tode zu infamieren bestrebt sind und auf jede Weise durch Zwang in die Kirche zu bringen versuchen. Das ganze Verfahren ist echt alttestamentarisch-jüdisch: Jahwe befahl den Kindern Israel für ihre Feldzüge: wer sich beschneiden lasse, werde verschont, alle übrigen müßten „gebann“ werden (über die Klinge springen). Die Pflicht der Geistlichen zur Seelsorge gilt den eigenen Gemeinden und Pfarrkindern, niemand anderem. Nach allem, was man hört und liest, scheint der Begriff der Seelsorge aber noch recht ungeklärt zu sein, vielleicht täten manche der Herren Geistlichen gut, damit bei sich selbst anzufangen und dabei sich zu vergegenwärtigen, was Jesus von den Pharisäern gesagt hat und von denen, die sich damit begnügen, gern und laut: Herr, Herr! zu sagen.

Nach einer neulichen Beranzfaltung sind uns bittere Klagen darüber eingegangen, daß dort ein Pfarrer im Feldgottesdienst beschlußmäßig zum lauten Mitbeten aufgefordert hat, obgleich er wissen mußte, daß eine sehr große Anzahl der Versammelten nichtchristlichen Glaubensgemein-

schaften angehörte. Solche und ähnliche Zwangsaktionen verursachen nur Empörung und steigende Bitterkeit und stehen in schreiendem Gegensatz zu allem volksgenösslichen Empfinden. Außerdem möge der Herr Pfarrer einmal darüber nachdenken, was Jesus zu einer derartig kommandierten Massengebetdemonstration sagen würde, er, der sagte: wenn Du beten willst, gehe in Deine Kammer und schließe die Tür hinter Dir zu! und die Pharisäer gewißlich tadelte, weil sie sich, um so gesehen zu werden, an die Straßenecken stellten und beteten.

Was soll man ferner dazu sagen, daß Befehle ausgegeben werden, die regelmäßigen Kirchenbesuch unter Androhung von Geldstrafen und schließlich eines noch viel schärferen Vorgehens verhängen! Es würde ein grobes und in seinen Wirkungen verhängnisvolles Mißverständnis sein, wenn sich die Ansicht verbreiten und in entsprechenden Willensakten Folge finden sollte, daß nationalsozialistische Parteizugehörigkeit zur christlichen Kirchengemeinschaft verpflichtet, daß entsprechender Zwang auf diesem Gebiet zulässig sei, zum Beispiel zum Kirchenbesuch, und daß vollends Nichtchristen zu mißgönnen, zu vergewaltigen, zu bestrafen und auszuschließen seien. Wir möchten noch einmal hier dringend vor solchen Dingen warnen.

Die Herren Seloten des geistlichen und des Laienstandes vergessen anscheinend, daß die Zeiten des Glaubenszwanges und der Verfolgung nicht wiederkommen, so sehr sie es auch ersehnen und erstreben mögen.

Wir schmeicheln uns nicht, auf diese Herren Eindruck zu machen, halten es aber für unsere Pflicht, auf die Wirklichkeit der Verhältnisse und Dinge hinzuweisen. Wir schmähren und verachten keine deutschen Volksgenossen, wenn und weil

sie Christen sind. Wir gehen auch nicht auf Seelenfang und Seelenzwang aus. Wir achten das religiöse Gefühl jedes Volksgenossen, einerlei, in welchen Formen und Gebräuchen es sich auch äußern mag. Wir sind weit davon entfernt, Propaganda für unsere religiösen Empfindungen und Glaubensformen zu machen und verabscheuen jede Vermischung von Politik, Propaganda, Zwang und Werbetexten mit Religion. Dazu steht uns Religion zu hoch. Wir können nicht umhin, ein gewisses Gefühl der Bewunderung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß in der heutigen Kirchenpropaganda derartige Methoden nicht als unwürdig der Kirche und des Stifters des Christentums angesehen werden. Wir glauben auch nicht, daß Luther mit seiner unbeugsamen Scheidung des Diesseitigen und des Jenseitigen mit solchen Methoden einverstanden gewesen wäre.

Wenn neulich Pfarrer Köhler in einer großen Versammlung gesagt hat: Gottvertrauen müsse uns alle wieder zusammensühren, damit Volk und Kirche eins werde, so sind wir mit dem Gottvertrauen einverstanden, andererseits der Überzeugung, daß Volk und Kirche sich in Zukunft immer mehr voneinander entfernen werden. Wenn derselbe Geistliche erklärte: „Der Flucht aus der Kirche muß ein energisches Halt geboten werden!“, so ist das ein sehr gefährlicher Standpunkt, dessen Ausdruck wieder die Anwendung von Zwangsmahnahmen und Strafen gegen solche Deutsche antündigt, wie sie vorstehend angedeutet worden sind. Auf solchem Wege und mit solchen Mitteln erzielte Erfolge werden über kurz oder lang Wirkungen haben, die nicht allein die Hoffnungen der politischen Pastoren- und Kirchenbewegung enttäuschen, sondern Zwietschac säen müssen, wo deutsche Einigkeit, ja Einheit vorhanden sein muß, und bei gutem Willen und durch volksgenössliches, nationalsozialistisches Verhalten, durch Achtung vor Überzeugung und Anschauung der anderen ohne weiteres geschaffen werden kann.

nationalen Revolution sieht sich zu einer solchen positiven Politik gegenüber Sowjetrußland in der Lage. Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland ist unsere innere Angelegenheit, in der wir Einmischungen von außen niemals dulden werden. Die staatspolitischen Beziehungen zu anderen Mächten, mit denen uns wichtige gemeinsame Interessen verbinden, werden dadurch nicht berührt.“

Richtiger und klarer kann das Programm Adolf Hitlers hinsichtlich Rußlands nicht formuliert werden. Es wäre nicht allein gut, sondern erscheint außenpolitisch geradezu notwendig, daß wir in der heutigen schwierigen und gespannten Weltlage diese Haupt- und Richtlinie der deutschen Außenpolitik keinen Augenblick aus dem Auge verlieren. Es ist gar nicht zu bezweifeln, daß Rußland den ersten Wunsch hat, die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern. Wir glauben auch nicht, daß man unter den Angeboten, die Herr Herriot jetzt nach Moskau bringt, solche annehmen wird, die eine Wiederherstellung guter Beziehungen zu Deutschland unmöglich machen würden, z. B. durch Eingehen militärischer Abkommen mit Frankreich; natürlich: wenn nicht inzwischen jene gewisse ausländische Presse mit ihren Vergiftungsversuchen Erfolg hat.

Man spricht auch in unserer Öffentlichkeit von dem „geheimnisvollen Zusammenreffen“ der genannten Persönlichkeiten. Wir können mit dem besten Willen ein solches Zusammenreffen nicht als geheimnisvoll ansehen, um das die ganze Welt seit Wochen weiß. Wir glauben auch, daß gerade freimaurerische und jüdische Zusammenkünfte zur Aufdeckung von Weltkomplotten gegen Deutschland nicht vor der Weltöffentlichkeit arangiert, noch unter Führung durch weltbekannte Namen „geheimnisvoll“ öffentlicher Beachtung empfohlen werden. Es wird angeführt, diese Persönlichkeiten seien freimaurer und Juden. Run dürfte es weder in Frankreich, noch in England, noch in den Vereinigten Staaten Persönlichkeiten solcher Art geben, die nicht freimaurer wären, jedenfalls nur vereinzelte. Ein deutsches Blatt verwechselt übrigens zwei Persönlichkeiten, indem es behauptet, der Außenminister Litwinow sei an irgendwelchen üblen Geldaffären beteiligt gewesen. Das war derjenige Litwinow, der mit Stresemann in enger politischer Beziehung stand und der damals das berühmte Konto „S. Gulflaw“ führte, nicht der Minister.

Begegnungen zwischen bekannten politischen Persönlichkeiten verdienen selbstverständlich unter allen Umständen scharfe Aufmerksamkeit. Ob Unterhaltungen zwischen Litwinow und Trozki stattgefunden haben, — der erstere bestreitet es — wissen wir nicht, und wenn wir es wüßten, so wäre damit noch ebenso unbekannt, worüber und mit welchem Ergebnis man gesprochen hätte. Die Zukunft muß das sehr bald erweisen, und je nachdem werden wir dann unsere politische Rechnung aufzumachen haben. Unter allen Umständen bleibt übrig, daß Deutschland, einerlei, ob man bei uns die Persönlichkeiten moralisch oder rassistisch mißbilligt, eine sachliche Politik zur Wahrnehmung der deutschen Interessen zu treiben hat, wenn es sich um Rußland handelt, genau so wie anderen Mächten gegenüber. Letzten Endes stehen immer Deutschlands Lebensinteressen in Rede und jede deutsche Zeitung ist damit verantwortlich.

Ein Musterbeispiel ist und bleibt die Auf-

## Mißverständene Intrigen

Rußland — Deutschland

In der deutschen Presse werden allerhand Kombinationen an die Behauptungen französischer und schweizerischer Blätter angeknüpft: der russische Außenminister Litwinow habe in dem französischen Kurort Royat mit Trozki und dem russischen Völkischer der Türkei, Herrn Suriz, außerdem mit Herrn Tardieu Besprechungen gehabt. Außerdem habe sich in dem benachbarten Kurort Bichy der Vertrauensmann Roosevelt, Baruch, aufgehalten. Die „Neue Züricher Zeitung“ vermutet hiernach einen Versuch, eine „neue Kampffront“ gegen den Nationalsozialismus zustande bringen zu können und sagt: vor allem würden in Royat die Richtungen für die zukünftige Politik Moskaus gegenüber Hitler festgelegt und der neue deutsche Völkischer in Moskau, Herr von Radolny, ohne nicht, daß seiner Mission schon jetzt in Royat das Grab gegraben werde.

Wir möchten hierzu, eben vor Schluß dieser Nummer des „Reichswards“, kurz das folgende sagen: die „Neue Züricher Zeitung“ ist seit Jahrzehnten ein Blatt, in dem antideutsche Intrigen der verschiedensten Mächte breitwillig Raum erhalten. Eine solche Intrige scheint hier wieder vorzuliegen: Man hofft, ebenso wie übrigens der „Matin“ auf diese und ähnliche Weise die öffentliche Meinung in Deutschland zu zorn-

ausbrüchen gegen Rußland und die dort leitenden Persönlichkeiten zu verführen, in weiterer Folge entsprechende Gegenäußerungen der russischen Presse zu provozieren und so das Verhältnis zwischen den beiden Mächten noch mehr zu spannen und zu verschlechtern. Wenn Teile der deutschen Presse auf diese, übrigens wirklich nicht neue Methode her-einfallen, dann erschweren sie in der Tat Herrn von Radolny auf der einen Seite und den leitenden russischen Kreisen auf der anderen Seite ihre Absicht und Aufgabe, die Beziehungen zwischen den beiden Mächten zu verbessern.

Wir sind im Gegensatz zu diesen deutschen Blättern, zur „Neuen Züricher Zeitung“ und französischen Blättern der Überzeugung, daß Herr von Radolny eine sehr fruchtbare Aufgabe vor sich sieht, wenn es nicht gelingt, allen denen, die an einem dauernden deutsch-russischen Gegensatz Interesse haben, die Bedingungen zu einer Annäherung zu zerstören.

Es sei gerade in diesem Zusammenhang daran erinnert, was Adolf Hitler in seiner Programmrede vom 23. März dieses Jahres sagte: „Gegenüber der Sowjetunion ist die Reichsregierung gewillt, freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Gerade die Regierung der